

Zeitschrift: Protar
Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes
Band: 24 (1958)
Heft: 1-2

Artikel: Probleme des amerikanischen Industrieschutzes
Autor: Schützsack, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-363741>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verstärkung des Geländes

Nur gut *ausgebaute Deckungen* bieten Schutz vor der Wirkung der Atomwaffen. Der Zeitbedarf für die Errichtung von Deckungen und geschützten Verbindungen, ohne die eine erfolgreiche Verteidigung nicht denkbar ist, zwingt uns, schon im Frieden in den operativ wichtigen Räumen der Grenzzone und des Mittellandes Geländeverstärkungen vorzunehmen. Diese sind als Kern für die nach vollzogenem Aufmarsch zu errichtenden feldmässigen Anlagen zu betrachten. Je mehr vorbereitende Schutzmassnahmen vorhanden sind, desto grösser ist die Handlungsfreiheit unserer Führung.

Die Schaffung *künstlicher Hindernisse* im Grenzraum sowie in den tiefgestaffelten Verteidigungszonen ist ebenfalls schon im Frieden systematisch vorzubereiten. Neben Verminderung, Sprengung und Zerstörung sind namentlich auch die Möglichkeiten der Ueberflutung und Versumpfung von Geländeteilen zum Zwecke der Panzerbehinderung auszunützen. Die Ausstattung aller Truppen mit leistungsfähigen Werkzeugen für den Stellungsbau und die Beschaffung eines umfangreichen, modernen Maschinenparkes für die *Genietruppen* sind unerlässlich.

Die Schaffung mechanisierter Reserven

Auch beim Kampfverfahren der aktiven Raumverteidigung benötigt die höhere Führung bewegliche Reserven, um feindliche Durchbrüche abzuklemmen, taktische Gegenangriffe auszuführen und Luftlandetruppen zu vernichten. Diese Reserven müssen voll geländegängig und gepanzert sein, um unmittelbar nach einem Atombeschuss eingesetzt, offensiv kämpfen zu können. Diese Reserven können nach Ansicht der Verfasser der Basler Studie durch die Umwandlung der drei Leichten Brigaden gewonnen werden. Jede dieser drei Panzerbrigaden soll aus zwei Regimentsgruppen (Combat command) bestehen, die in der Lage sind, selbständig zu kämpfen. Jede

dieser sechs Regimentsgruppen würde sich aus einer mittleren Panzerabteilung, einem Panzergrenadierbataillon, einer selbstfahrenden Artillerieabteilung, einer selbstfahrenden Fliegerabwehrbatterie, einer mechanisierten Sappeurkompanie und einer Uebermittlungskompanie zusammensetzen. Diese sechs mechanisierten Regimentsgruppen hätten, um einen Ausdruck von Liddell Hart zu gebrauchen, die Funktion einer äusserst mobilen, feuerkräftigen, leicht führungsfähigen und vielseitig verwendbaren «Feuerwehr».

Die Verstärkung der Luftwaffe

Eine Verstärkung der Luftwaffe durch Vermehrung der kriegstauglichen Flugzeuge für den Einsatz gegen Erdziele ist auch für die aktive Raumverteidigung notwendig. Doch kommt ihr nicht die gleiche, absolute Bedeutung zu wie bei der beweglichen Kampfführung, welche zur Verschiebung ganzer Heereseinheiten ohne eine örtlich überlegene Luftwaffe unmöglich auskommen kann. In der Studie der Arbeitsgemeinschaft der OG Basel-Stadt wird in diesem Zusammenhang auch darauf aufmerksam gemacht, dass die Unterbringung der Flugzeuge in Kavernen als unerlässlich zu betrachten ist.

Verschiedene materielle Verbesserungen

Die Studie befasst sich instruktiv mit den aktuellsten Problemen der Landesverteidigung im Atomzeitalter, um am Rande aber auch darauf hinzuweisen, dass in diesem Zusammenhang auf allen Gebieten materielle Verbesserungen vorzunehmen sind. So entspricht z.B. die Beschaffung moderner Uebermittlungsgeräte sowie einfacher und zweckmässiger Einrichtungen für Kommandoposten einem dringenden Bedürfnis. Auch die Ausrüstung der Sanitätsformationen ist den höheren Anforderungen des Atomkrieges entsprechend zu modernisieren.

ZIVILSCHUTZ

Probleme des amerikanischen Industrieschutzes

Von Dr. A. Schützack, Bonn

Das Novemberheft 1957 der deutschen Zeitschrift «Ziviler Luftschutz» erscheint als Sondernummer über Fragen des Werkluftschutzes. Das Heft enthält folgende Abhandlungen: Der Werkluftschutz in den beiden Weltkriegen; Werkluftschutz aus der Schau der Dienststelle eines Befehlshabers der Ordnungspolizei; Probleme des amerikanischen Industrieschutzes; Der Werkluftschutz im Vereinigten Königreich; Der Betriebsschutz in der Schweiz; Der Werkluftschutz in Schweden; Der norwegische Industrieluftschutz.

Wir veröffentlichen hier wegen des besonderen Interesses, den der Artikel bietet, den Beitrag «Probleme des amerikanischen Industrieschutzes».

A. Einleitung

Die Entwicklung der Technik zwingt zur Konzentration. Dieser Satz schien bis vor kurzem eine feststehende Tatsache zu sein, mit der sich die Techniker notgedrungen abfinden. Der bisherige historische Verlauf des Zeitalters der Technik bestätigte dieses Dogma.

Seit dem Beginn der Industrialisierung konnte man in der gesamten Welt beobachten, wie die Flächennutzungspläne der verschiedenen Industriezweige immer gewaltigere Umfänge annahmen. Zwei Faktoren haben diese Entwicklung im wesentlichen begünstigt: 1. Der starke Aufschwung der Naturwissenschaften seit dem Beginn der Industrialisierung förderte immer neue Erkenntnisse zutage, die zu einer starken Komplizierung des technischen Apparates führten und viele neue ineinander verflochtene Industriezweige schuf; 2. die verkehrspolitische Situation der hinter uns liegenden Periode erlaubte teils aus praktischen, teils aus wirtschaftlichen Gründen ein Auseinanderziehen von aufeinander angewiesenen Industriezweigen nicht oder doch nur in sehr begrenztem Masse.

Diesem Zwang, dem die Technik unterworfen zu sein schien, setzte sich aber ein anderer Zwang im Laufe der Entwicklung entgegen. Das technische Zeit-

alter entwickelte Waffen, die in der Lage sind, innerhalb kürzester Zeit ganze Industrielandschaften zu zerstören. Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurden in den Generalstäben der verschiedenen Länder Betrachtungen über die Möglichkeiten einer Dezentralisierung vor allem der Kriegsindustrie angestellt. Entscheidende Massnahmen wurden aber bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht getroffen. Erst die kometenartige Entwicklung der Luftfahrt und die Produktion kernphysikalischer und raketengesteuerter Waffen bahnten eine neue Entwicklung an. Inzwischen hatte sich auch auf dem Gebiet des Verkehrs durch neue Erfindungen und technische Verbesserungen eine veränderte Situation ergeben. Gerade in dem Lande, das in der technischen Entwicklung allen andern Staaten der Erde voraus ist, in den USA, werden seit Jahren keine Anstrengungen gescheut, um eine rückläufige Tendenz, d. h. eine Dezentralisation der Industrie zu erreichen. Die atomare Verwundbarkeit der amerikanischen Industrie ist ebenso gross wie die Verwundbarkeit der Städte.

Deshalb hat man in den USA, Hand in Hand mit dem Aufbau des Bevölkerungsschutzes, Massnahmen ergriffen, um auch in der lebenswichtigen Industrie auf den Ernstfall vorbereitet zu sein. Die Aufgaben, die der Industrie dadurch erwachsen, sind so gewaltig, dass eine Lösung der anstehenden Probleme nur dann einigermaßen befriedigend erreicht werden kann, wenn alle Teile des amerikanischen Volkes zum Gelingen des Werkes beitragen. Neben der Bewältigung der technischen Anforderungen, die der Industrieluftschutz an die massgebenden Persönlichkeiten und Gremien stellt, stehen organisatorische und psychologische Fragen im Mittelpunkt der Betrachtungen.

B. Die Konzentration der amerikanischen Industrie

Um sich ein Bild von den Aufgaben des amerikanischen Industrieluftschutzes zu machen, muss man sich die Zusammenballung der Industrie und eines grossen Teiles der US-Bevölkerung an relativ wenigen Punkten des Kontinents vor Augen halten. Allein 30 % der amerikanischen Bevölkerung leben in 13 und 43 % in 50 Großstädten. Die verarbeitende Industrie weist noch eine wesentlich stärkere Konzentration auf als die der Bevölkerung. Ueber 30 % dieser Industrie sind an fünf Punkten und 45 % an 50 Punkten konzentriert. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei der kriegsentscheidenden Schwerindustrie, wo über 50 % an 15 und über 70 % an 50 Stellen zusammengeballt sind.

Am schwerwiegendsten ist aber die Tatsache, dass gerade die Industriezweige, die für den Schutz des Landes und für Wiederaufbau- und Aufräumarbeiten nach einem Atombombenangriff von ausschlaggebender Bedeutung sind, den höchsten Grad an Konzentration aufweisen. Fast 70 % der Instrumentenindustrie (Feinmechanik, Optik, Elektrotechnik, Elektronentechnik usw.) befinden sich an nur zehn und 82 % an 50 verschiedenen Stellen. Auch die übrige amerikanische Industrie, die vielleicht nicht in derselben Masse kriegswichtig ist wie die oben erwähnte,

zeichnet sich, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, durch einen hohen Grad an Konzentration aus.

Die Zusammenballung der Industrie in oder bei den grossen Städten

Industriegattung	In 10 Groß- städten	In 50 Groß- städten
	in Prozenten	
Ernährung und verwandte Industrien	34	55
Tabakindustrie	13	24
Holzindustrie	7	17
Möbelindustrie	33	54
Papierverarbeitende Industrie	26	42
Druck- und Verlagswesen	57	75
Chemische Industrie	41	63
Kohle- und Oelproduktion	47	61
Kautschuk- und Gummiindustrie	29	66
Leder- und Lederwarenindustrie	38	48
Stein- und Glasprodukte	26	45
Metallindustrie (Grundprodukte)	44	73
Metallindustrie (verarbeitend)	46	73
Maschinenindustrie (ausgenommen die Elektroindustrie)	35	67
Elektro-Maschinenindustrie	52	79
Transportausrüstung	51	75
Munitionsfabriken	47	76

Diese Angaben geben einen Ueberblick über die Aufgaben, vor die der amerikanische Industrieluftschutz gestellt ist. Dabei gilt es zu bedenken, dass die einzelnen Industriezweige nicht in sich geschlossene, homogene Gebilde sind, sondern eng mit anderen Industrien verflochten sind. Wenn also beispielsweise die verarbeitende Metallindustrie durch einen Atombombenangriff weitgehend ausgeschaltet wird, dann muss das zwangsläufig weitgehende Auswirkungen auf Industrien anderer Art haben.

Um diese hochgradige Empfindlichkeit der amerikanischen Industrie gegenüber Angriffen mit kernphysikalischen Waffen zu reduzieren, gibt es nach Ansicht amerikanischer Fachleute nur ein wirkungsvolles Mittel: Die Verlagerung der Industrie in weniger gefährdete Gebiete, so dass der ineinander verschachtelte Produktionsprozess nach einem Angriff nicht völlig zusammenbricht. Vieles kann mit relativ einfachen Mitteln erreicht werden, so behaupten die Experten des amerikanischen Industrieluftschutzes. Die Elektronenindustrie hat beispielsweise grosse Fabriken in wenig gefährdeten Gebieten, wo Rundfunkapparate und Fernsehgeräte hergestellt werden. Auf der anderen Seite befinden sich Fabriken, in denen Radargeräte und militärische Objekte produziert werden, in grossen Städten und Industriezentren. Es ist nach Ansicht amerikanischer Fachkreise durchaus möglich, diese Gegebenheiten zu korrigieren. Auch glaubt man in Kreisen des Industrieluftschutzes, dass es möglich wäre, im Laufe der nächsten zehn Jahre die atomare Verwundbarkeit der amerikanischen Industrie weitgehend zu reduzieren. Die privaten Investitionen würden in diesem

Zeitraum wahrscheinlich einen Kostenaufwand von 600 bis 700 Billionen Dollar erfordern. Diese Summe entspricht etwa den Kosten für die Verlagerung der Industrie- und Handelsniederlassungen in den 70 grössten Städten des amerikanischen Kontinents. Wenn man also die privaten Investitionsmittel der nächsten zehn Jahre für die Verlagerung der Industrie verwenden würde, wäre sie weitgehend gegen den Zugriff atomarer Waffen abgeschirmt. Regierung und Verwaltung in den Bundesstaaten sind darum bemüht, die amerikanische Industrie für diesen Gedanken zu gewinnen, denn aus eigener Initiative lässt sich der Plan nicht realisieren. Bis aber dieses Fernziel erreicht ist, bedarf es vor allem einer umfangreichen organisatorischen Vorarbeit.

C. Die Organisation des amerikanischen Industrieschutzes

Die organisatorischen Planungen des amerikanischen Industrieschutzes werden von dem Gesichtspunkt bestimmt, dass ein erfolgreicher Schutz der Industrie vor einem Atombombenangriff nur möglich sein wird, wenn die Planungen zentral für das gesamte Bundesgebiet erfolgen. Sämtliche militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen des Kontinents, einschliesslich des Transport- und Verbindungswesens, der Arbeitskräfte militärischer und ziviler Art müssen in die Planungen einbezogen werden. Verbindungswege sollen nicht nur für den militärischen Schutz, sondern auch für die Industrie und die Bevölkerung offengehalten werden. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass die gesamten Planungen ausschliesslich auf staatlicher Ebene vorgenommen werden. Als Ergänzung zu den Vorbereitungen, die auf staatlicher Seite, sei es auf überregionaler, regionaler oder örtlicher Basis, getroffen werden, treten die Planungen der einzelnen Industriewerke. Jeder Zweig der Industrie, jede industrielle Anlage muss einen eigenen Verteidigungsplan aufstellen.

Die Planungen für den Industrieluftschutz werden laufend auf die neueste Entwicklung in der sowjetischen Waffentechnik abgestellt und befinden sich daher dauernd in Fluss. Man geht zunächst einmal von der Voraussetzung aus, dass es der Sowjetunion möglich ist, jedes Industriezentrum in den USA mit atomaren Waffen zu erreichen. Es wird ferner damit gerechnet, dass Atom- und Wasserstoffbomben sowohl in der Luft als auch auf der Erde zur Detonation gelangen können. Die Möglichkeit einer radioaktiven Verseuchung weiter Gebiete wird ebenfalls als möglich angenommen. Hinzu kommen die Bestrebungen des Gegners, den Feind durch psychologische Mittel und durch Sabotage mattzusetzen. Zu Beginn einer kriegerischen Auseinandersetzung rechnet man damit, dass der Gegner sämtliche zur Verfügung stehenden atomaren Waffen zum Einsatz zu bringen versucht und dass diese Waffen vor allem zur Zerstörung der Industrie bestimmt sind. Daher werden auch Industrieanlagen und dicht besiedelte Gebiete vermutlich die Hauptangriffsziele sein. Man vermutet, dass nicht nur die gefährdeten Gebiete radioaktiv verseucht werden, sondern auch Landstriche, die als relativ geschützt gelten. Bei den umfangreichen

Zerstörungen, die durch einen eventuellen Atombombenangriff hervorgerufen werden, wird wahrscheinlich auswärtige Hilfe in jedem Fall erforderlich sein, die oft von weither kommen kann. Schliesslich nimmt man an, dass eine Vorwarnung der Industrieanlagen entlang den Grenzen und Küsten der Vereinigten Staaten etwa eine Stunde vor der Hauptwarnung erfolgen kann. Im Innern des Landes wird die Warnzeit entsprechend länger sein. Eine Teilevakuierung der Bevölkerung in den grossen Industriezentren soll zum Zeitpunkt der Vorwarnung nach den Plänen des amerikanischen Industrieschutzes bereits abgeschlossen sein.

Es gibt 267 000 Fabrikanlagen in den USA. Welche Schutzmassnahmen sind für jeden dieser einzelnen Betriebe vorgesehen? Jedes Werk soll zunächst einen Plan ausarbeiten, der von dem Gedanken der Selbsthilfe ausgeht. Eine eigene Alarmanlage und ein eigenes Nachrichtennetz sorgen dafür, dass die Angehörigen des Betriebes möglichst schnell im Ernstfall alarmiert werden können. In einem von jedem Betrieb ausgearbeiteten Sicherheitsplan sind Massnahmen zum Schutze gegen Werkspionage und Werksabotage enthalten. Der Bau von Schutzräumen in relativ gesicherten Gebieten ist vorgesehen und in Angriff genommen. Zu den Schutzmassnahmen eines Industrierwerkes gehört ferner die Ausarbeitung eines Evakuierungsplanes, der sowohl den Abtransport, die Sorge für die evakuierte Bevölkerung im vorgesehenen Schutzgebiet wie auch die Rückkehr der Evakuierten an ihren alten Arbeitsplatz berücksichtigen soll. Wichtige Dokumente müssen rechtzeitig an einen sicheren Ort gebracht werden. Die Planungen im Industrieschutz sollen ferner Massnahmen für eine notdürftige Reparatur des zerstörten Werkes nach einem Angriff berücksichtigen, damit der Produktionsausfall auf ein Minimum herabgeschraubt werden kann. Hierzu gehören die Anlage von Beständen an Reserveteilen und die Bevorratung an Lebensmitteln an gesicherten Plätzen. Die im Betrieb beschäftigten Personen sollen nach Möglichkeit in die Lage versetzt werden, an verschiedenen Stellen des Betriebes einsatzfähig zu sein, um den Ausfall an qualifizierten Arbeitskräften auszugleichen. Jedes Industrierwerk tritt mit den benachbarten Industrieanlagen in Verbindung, um ein gegenseitiges Hilfsprogramm auszuarbeiten. Wenn möglich soll in den Planungen eines jeden Werkes jede Möglichkeit eines Auseinanderziehens der industriellen Anlage ausgenutzt werden. Beim Bau neuer Fabrikanlagen soll dieser Gesichtspunkt stets berücksichtigt werden.

Die Pläne, die für die Durchführung dieser Massnahmen aufgestellt werden, werden vom Leiter des Industrieschutzes eines Werkes in enger Zusammenarbeit mit dem örtlichen Zivilverteidigungskommissar entworfen. Im Falle eines Angriffs übernimmt er die Leitung und erteilt die notwendigen Anordnungen. Er wird vom örtlichen Zivilverteidigungskommissar dabei unterstützt. Der Industrieschutz arbeitet als ein Teil des örtlichen Zivilschutzverbandes. Um den dauernden Kontakt mit der nächsten Zivilverteidigungszentrale aufrechtzuerhalten, soll an einer möglichst wenig gefährdeten Stelle von der Leitung des Indu-

Industrieschutzes eine Nachrichten- und Verbindungszentrale geschaffen werden. Jede örtliche Zivilverteidigungsorganisation stellt eine Person an, die für die Koordinierung der Aufgaben der örtlichen Sicherheitsmassnahmen und des Industrieschutzes sorgt.

Das Programm des Industrieschutzes sieht ferner vor, dass für jeden Bezirk (ein Gebiet, das mehrere Industrieanlagen umfasst) ein Bezirksleiter ernannt wird, der die Koordinierung des Industrieschutzes auf Bezirksebene übernimmt. Er gehört der Bezirks-Zivilverteidigungsleitung an. Er gibt den einzelnen Betrieben bei der Aufstellung von Schutzplänen Anregungen. Er hält ferner enge Verbindung zu den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie anderer Organisationen, um dort für eine Mitarbeit auf dem Gebiet des Industrieschutzes zu werben. In regelmässigen Abständen sind nach dem Industrieschutzprogramm sogenannte Trainingskonferenzen vorgesehen, auf denen die mit der Führung des Industrieschutzes in den einzelnen Werken beauftragten Persönlichkeiten neue Anregungen erhalten und geschult werden. Führende Persönlichkeiten auf dem Gebiete des Industrieschutzes in den einzelnen Werken nehmen nach Möglichkeit an Lehrgängen der amerikanischen Zivilverteidigungsorganisation teil. Ferner sind Besuche des Führungspersonals des Industrieschutzes der einzelnen Werke in anderen Fabriken vorgesehen, um dort die Einrichtungen und getroffenen Massnahmen auf diesem Gebiet kennenzulernen.

In jeder Zivilverteidigungszentrale der 48 amerikanischen Staaten gibt es eine Abteilung, die für den Industrieschutz zuständig ist. Der Leiter dieser Abteilung ist für die Organisation des Industrieschutzes im gesamten Gebiet des Staates verantwortlich. Er entwirft einen Industrieschutzplan für den ganzen Bereich, der mit den Plänen der Zivilverteidigung koordiniert wird. Ein Ausschuss, der sich aus Fachkräften zusammensetzt, steht ihm bei dieser Arbeit zur Verfügung. Dem Ausschuss gehört ein Mitglied der Zivilverteidigungszentrale des Staates an. Mit den Industrie- und Handelskammern, den Arbeitnehmerverbänden und sonstigen Behörden steht der Leiter in engem Kontakt. Durch technische Publikationen und Aufklärungsvorträge versucht die Abteilung Industrieschutz der amerikanischen Zivilverteidigung, in den einzelnen Staaten für den Gedanken des Industrieschutzes zu werben.

In der Abteilung Industrieschutz der Bundesleitung der amerikanischen Zivilverteidigung laufen alle Fäden des amerikanischen Industrieschutzes zusammen. Dort werden sämtliche neuen technischen Erkenntnisse und Informationen ausgewertet und an die unteren Organe des Industrieschutzes weitergereicht. Neben dieser Arbeit steht die Abteilung Industrieschutz allen unteren Organisationen des Werkschutzes in vielen Fällen bei der Entwicklung und Durchführung der Verteidigungsmassnahmen beratend zur Seite. Zur Bewältigung der umfangreichen Planungsarbeiten sind verschiedene Ausschüsse gebildet worden, die sich mit den einzelnen Fachgebieten des Industrieschutzes befassen.

Wenn auch auf diese Weise ein sinnvoller organisatorischer Aufbau des amerikanischen Industrieschutzes erfolgt ist, so ist man sich in Kreisen der amerikanischen Zivilverteidigung doch darüber im klaren, dass alle Planungen wertlos sind, wenn nicht in den kleinsten Einheiten, in den einzelnen Unternehmen und Fabriken selbst Massnahmen zum Schutz des Werkes getroffen werden. Die Selbsthilfe der eigenen Fabriken ist die Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Industrieschutz.

D. Planung und Organisation der Selbsthilfe des Industrieschutzes

Schon vor Jahren begann man in einzelnen Industriebetrieben der Staaten mit den Planungen für die Aufstellung eines Selbstschutzes. Der erste Schritt auf diesem Wege war die Schaffung eines verantwortlichen Gremiums, das sich innerhalb der Industriebetriebe mit den Planungen für den industriellen Selbstschutz zu befassen hatte. Der Aufgabenbereich erstreckt sich zunächst auf die Aufstellung eines Programms für den Schutz des Personals, der Produktion und der industriellen Anlage in seiner Gesamtheit. Zur Ausbildung des Personals werden regelmässig in den Betrieben Kurse abgehalten. Die zentrale Leitung des Industrieschutzes in einem Werk ist verantwortlich für die Durchführung der einzelnen Massnahmen, die der Gesamtplan im Falle eines Notstandes vorsieht. Das Gremium soll ferner für die Schaffung einer Ausweichbefehlszentrale sorgen, von der aus im Ernstfall die notwendigen Anordnungen ergehen können.

Im einzelnen gehören zum Aufgabenbereich des Leiters des Werkschutzes, dem dafür besondere Fachressorts zur Verfügung stehen, die ihn beraten: 1. die Aufstellung und Ausbildung einer Industriepolizeitruppe, die für den Schutz und die Ordnung innerhalb des Werkbereichs im Falle eines Notstandes zu sorgen hat; 2. Aufstellung und Ausbildung einer Feuerchutztruppe; 3. Aufstellung und Ausbildung einer Truppe, die Erste Hilfe leistet; 4. Schaffung einer Dienststelle, die für die medizinische Betreuung der Werksangehörigen im Falle eines Notstandes sorgt; 5. Ausbildung einer Versorgungs- und Nachrichtentruppe; 6. Bildung einer Spezialtruppe für die Reparatur und Wartung des Maschinenparks. Die Vertreter dieser einzelnen Fachressorts treffen sich monatlich, um die Fortschritte auf dem Gebiet der Planungen im eigenen Werk zu besprechen und neue Gedanken auszutauschen. Neu erschienene Literatur wird laufend besprochen und Filme über Aufgaben auf dem Gebiet der Ersten Hilfe, des Feuerschutzes usw. werden gezeigt.

In grösseren Industrieunternehmen gibt es einen Generalbevollmächtigten, der für den Schutz aller zum Unternehmen gehörenden Betriebe verantwortlich ist. Der Stahlkonzern Jones & Laughlin, in dem diese organisatorischen Massnahmen getroffen wurden, hat eine Anordnung erlassen, nach der mindestens 10 % aller Beschäftigten in Erster Hilfe ausgebildet werden sollen. In den Betrieben des Stahlwerkes werden laufend Kurse abgehalten, in denen die Betriebsangehörigen darauf

vorbereitet werden, im Ernstfall Wiederbelebungsvorläufe, den Transport der Verwundeten und das Anlegen von Verbänden vornehmen zu können. Es gibt Werke des Industrieunternehmens, in denen alle Werksangehörigen solche Kurse absolviert haben. Die Feuerbekämpfung wird eine der wichtigsten Angelegenheiten sein, mit denen sich der Selbstschutz der Industrie zu befassen hat. Zum Schutz gegen und zur Bekämpfung von Bränden sind in den Betrieben Feuerschutzbrigaden aufgestellt worden. Sie werden in der Bedienung und Wartung moderner Feuerlöschgeräte ausgebildet. Je nach der mutmasslichen Gefährdung des betreffenden Industrierwerkes werden sie in monatlichem oder wöchentlichem Turnus zu Uebungen herangezogen.

Ferner sind in den Betrieben Katastrophenzüge gebildet worden, die etwa mit der Technischen Nothilfe in Deutschland zu vergleichen sind. Neben der normalen Ausbildung werden auch Einsätze mit Gasmasken geübt. Ein Teil des Personals nimmt an Ausbildungskursen und Lehrgängen des Zivilschutzes teil. In den einzelnen Betrieben sind ferner überall Schutzräume angelegt worden oder im Bau begriffen. Auch werden in mehr oder weniger regelmässigen Abständen Probealarme abgehalten, um die Werksangehörigen für ein richtiges Verhalten im Ernstfall zu schulen. Schliesslich wurden in den Betrieben auch Pläne für die Evakuierung diskutiert. Regelrechte Evakuierungspläne sind aber von den massgebenden Persönlichkeiten des Jones & Laughlin-Stahlkonzerns nicht ausgearbeitet worden.

E. Evakuierung der Industriebevölkerung

Verschiedene grosse amerikanische Industrieunternehmen haben in den letzten Jahren Pläne für die Evakuierung der Werksangehörigen ihrer einzelnen Betriebe mit ihren Familien ausgearbeitet und auch Probeevakuierungen durchgeführt. Ein interessantes Beispiel hierfür bieten die Planungen und praktischen Erprobungen der Evakuierungspläne des Studebaker-Packard-Konzerns in South Bend. Bei den Planungsarbeiten gingen die für den Schutz des Unternehmens verantwortlichen Persönlichkeiten zunächst von den allgemeinen Erfahrungen aus, die sie auf dem Gebiet des Industrieschutzes hatten. Die Tatsache, dass die bestehenden Planungen im Ernstfall ein weitgehendes Abziehen der Werksangehörigen aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich des Betriebes und ihre Unterbringung in Schutzräumen an der Peripherie vorsahen, erleichterte die Vorarbeiten der Evakuierung erheblich. Die Evakuierung wurde also in ihrem Anfangstadium als eine normale Auslösung der bestehenden Katastrophenplanungen angesehen, nur mit dem Unterschied, dass man die Werksangehörigen nicht in die vorgesehenen Schutzräume zu leiten hatte, sondern in entfernter gelegene Schutzzonen. Bei der Ausarbeitung der Evakuierungspläne im einzelnen arbeitete man eng mit dem örtlichen Zivilverteidigungskommissar zusammen.

Auf Grund der bisherigen Planungen lag eine genaue Uebersicht über die in den einzelnen Gebäudekomplexen beschäftigten Werksangehörigen vor. Die Lage, die Art und die Anzahl aller in den Werkanlagen vorhan-

denen Ausgänge wurden genau ermittelt. Mit diesen Unterlagen ging man an die Planung im einzelnen heran. Zunächst wurde jedes Gebäude in verschiedene Unterabteilungen aufgegliedert, und zwar so, dass auf jeden der Gebäudeabschnitte eine gleich grosse Anzahl von Ausgängen kam. Die Werksangehörigen, die sich nach den normalen Planungen bei einem Katastrophenalarm an bestimmten Stellen innerhalb des Industriegeländes zum Abtransport in die vorgesehenen Schutzräume zu sammeln hatten, sollten sich nach den Evakuierungsplänen ebenfalls an denselben Punkten einfinden. Man bezog faktisch den bestehenden Plan in die Evakuierungsplanungen ein. Die Funktionen, die die einzelnen Werksangehörigen nach den vorhandenen Planungen auszuüben hatten, blieben ebenfalls bestehen.

Da aber während der Evakuierung zur Bewältigung der Verkehrsprobleme und zur Weiterleitung des Evakuierungsstromes ein umfangreicher Stamm an geschultem Personal zur Verfügung stehen musste, wurden Spezialeinheiten aufgestellt und für die Lösung dieser Aufgabe ausgebildet. Auch das allgemeine Betreuungspersonal wurde wesentlich vergrössert. Es wurden Vorbereitungen für Massenspeisungen getroffen. Das medizinische Personal und der Stamm an Sanitätern wurden den Erfordernissen einer Evakuierung angepasst.

Die Planungen waren ferner darauf abgestellt, dass Spezialtrupps so schnell wie möglich nach dem Angriff, wenn die radioaktive Verseuchung abgeklungen war, in den Betrieb zurückkehrten, um mit dem Wiederaufbau und der Instandsetzung der industriellen Anlagen zu beginnen. Fachleute aller Art gehörten dieser Spezialeinheit an.

Neben der rein technischen Seite der Planung lief eine grosse Aufklärungskampagne. Jeder einzelne Werksangehörige wurde genau in die Aufgaben eingeführt, die er im Falle einer Evakuierung zu erfüllen hatte. Die Aufstellung eines eigenen Planes für das Verhalten seiner Familie in den einzelnen Phasen der Evakuierung wurde jedem anempfohlen. Den einzelnen Werksangehörigen stellte man frei, entweder das eigene Fahrzeug oder die Transportmittel des Werkes für die Evakuierung zu benutzen. Um die Evakuierung zu erleichtern, wurden Karten angefertigt und allen Werksangehörigen ausgehändigt.

Der Planungsstab machte gleichzeitig eine Bestandsaufnahme aller dem Werk gehörenden Fahrzeuge. Sie wurden ihrem Verwendungszweck gemäss in drei Gruppen eingeteilt: 1. Fahrzeuge, die für den Transport von Menschen, Verpflegung, Ausrüstung und anderen notwendigen Dingen geeignet waren; 2. Fahrzeuge, die für Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten auf dem zerstörten Industriegelände nach dem Angriff eingesetzt werden konnten; 3. Fahrzeuge, die für andere Zwecke zurückgelassen werden mussten.

Schliesslich wurde noch ein Plan ausgearbeitet, nach dem die Fahrzeuge bei einer Evakuierung um das Industriegelände herumgeleitet werden sollten, um auf diese Weise schneller die Autobahn (highway) erreichen zu können. Alle Fahrzeugführer wurden darauf hingewiesen, dass man sich während der Fahrt auf

bestimmten Wellenlängen im Autoradio über den Ablauf der Evakuierung informieren und neue Instruktionen erhalten könne. Damit waren die Planungen abgeschlossen. Sie waren mit den Evakuierungsplanungen der örtlichen Zivilverteidigungsleitung abgestimmt.

F. Die Industrieschutzplanungen des Verteidigungsministeriums

Von seiten des amerikanischen Verteidigungsministeriums ist eine Liste ausgearbeitet worden, in der die für die Kriegsindustrie lebenswichtigen Betriebe aufgeführt sind. Diese Schlüsselbetriebe, die wie alle anderen Industrierwerke ihr eigenes Schutzprogramm aufgestellt haben, werden zusätzlich durch die amerikanischen Streitkräfte geschützt. Die Liste wird laufend überprüft und ergänzt. Wenn ein Industrierwerk vom Verteidigungsministerium zum Schlüsselbetrieb erklärt worden und somit in das Verteidigungsprogramm der Streitkräfte aufgenommen worden ist, wird eine militärische Einheit mit der Ausarbeitung eines Schutzplanes beauftragt. Die Führung des Industrierwerkes, das vom Verteidigungsministerium zum Schlüsselbetrieb erklärt worden ist, wird von dieser Massnahme in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig über ihren Sinn und Zweck informiert. Das Industrieschutzprogramm der US-Streitkräfte bleibt geheim, wie auch die zu den Schlüsselbetrieben erklärten Werke.

In Verhandlungen und Besprechungen mit der Führung des Industriebetriebes werden von der militärischen Einheit, die mit dem Schutz des Betriebes beauftragt ist, die Pläne für den Schutz und die Sicherheit ausgearbeitet. Die mit dem Industriebetrieb abgesprungenen Planungen werden schriftlich fixiert und der Industrieführung wird ein Schriftstück ausgehändigt. Abschriften der getroffenen Vereinbarungen erhalten ferner der kommandierende General des betreffenden Militärbezirks sowie die entsprechende Bundesbehörde. Die Schriftstücke enthalten zunächst Angaben über die geographische Lage des jeweiligen Schlüsselbetriebes und über die günstigsten Möglichkeiten des Industrieschutzes. Ferner sind Angaben über die besonders gefährdeten Punkte des Betriebes aufgeführt. In einem besonderen Abschnitt sind die für die militärischen Planungen wichtigen Massnahmen, die von seiten des Betriebes für dessen Schutz getroffen wurden, aufgeführt.

Zu den Aufgabenbereichen der militärischen Schutzeinheit gehören u. a. Abwehr von Industriespionage, zusätzliche Feuerschutzmassnahmen und Vorbeugungsmassnahmen zur Reduzierung der Zerstörungintensität bei einem eventuellen Angriff. Eine der Hauptaufgaben der militärischen Schutzeinheit ist die schnelle Wiederherstellung des Produktionsapparates nach einem Angriff, um den Produktionsausfall möglichst niedrig zu halten. Einheiten des Heeres übernehmen im allgemeinen den Schutz von Schlüsselbetrieben, die für die Versorgung und den Nachschub des Heeres von Bedeutung sind. Marineeinheiten werden dementsprechend für den Schutz von Industrianlagen, die für die Seekriegführung wichtig sind, eingesetzt. Luftwaffenver-

bände übernehmen den Schutz der Flugzeugwerke. Sie werden gleichzeitig zur Luftverteidigung der gesamten Schlüsselindustrie eingesetzt. Auf einer Ausbildungsschule in Augusta (Georgia) werden die für den Industrieschutz und die Industrieverteidigung vorgesehenen Soldaten ein Jahr lang in dreiwöchigen Lehrgängen auf ihre Spezialaufgaben vorbereitet.

Im Laufe der letzten sieben Jahre ist das amerikanische Verteidigungsministerium ständig damit beschäftigt gewesen, die Entwicklung des amerikanischen Industriepotentials zu verfolgen. Die Liste mit dem Verzeichnis der Schlüsselindustrien enthält nicht nur Werke, die für die Kriegsindustrie wichtig sind, sondern auch andere für die Nation lebenswichtige Industrierwerke. Auch spielt die Frage der atomaren Verwundbarkeit eines Betriebes in den Ueberlegungen des Verteidigungsministeriums eine nicht geringe Rolle.

Allgemein wird man sagen dürfen, dass die Liste mit dem Verzeichnis der Schlüsselbetriebe drei Aufgaben erfüllt: 1. Sie spielt bei den Planungen für die Gesamtverteidigung des amerikanischen Kontinents eine erhebliche Rolle; 2. sie gibt dem Verteidigungsministerium einen Ueberblick über die verteidigungswürdigen Industrieobjekte; 3. das Verteidigungsministerium erhält dadurch genaue Angaben über die Verwundbarkeit der kriegswichtigen Industrie und kann die entsprechenden Massnahmen ergreifen.

Das Ziel der Planungen des US-Verteidigungsministeriums zum Schutz der Industrie ist: 1. Die vorhandenen Industrianlagen soweit wie möglich gegen atomare Angriffe abzuschirmen; 2. die Entstehung neuer Industrien in industriell dicht besiedelten Gebieten zu verhindern; 3. Massnahmen für eine schnelle Instandsetzung von zerstörten Betrieben nach einem Angriff vorzubereiten.

G. Massnahmen zur Dezentralisation der amerikanischen Industrie

Die Dezentralisation und Streuung der Industrie ist eines der besten Mittel zum Schutz der industriellen Anlagen gegen atomare Angriffe, da die geographische Streuung den Gegner zwingt, eine Vielzahl von Zielen auszumachen und anzugreifen. Das militärische Potential des Gegners wird dadurch stärker strapaziert und die Folgen eines Angriffs sind für die Betroffenen geringer. Aus diesem Grunde bemüht man sich in den USA, eine Dezentralisation der Industrie herbeizuführen. Der Leiter der amerikanischen Zivilverteidigung hat vor kurzem darauf hingewiesen, dass die russische Industrie in viel stärkerem Masse dezentralisiert ist als die amerikanische.

Dezentralisation und Streuung bedeuten aber nicht, dass die bestehende Industrie verlagert wird. Obwohl das in vielen Fällen wünschenswert ist, wäre das aber schon aus finanziellen Gründen im allgemeinen nicht möglich. Statt dessen ist man bemüht, bei der Anlage neuer Industrierwerke möglichst darauf zu achten, dass sie weitab von bestehenden Industrien errichtet werden. Die bisherigen Werke der Standard Oil lagen aus wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen im allgemeinen immer in der Nähe grösserer Städte. In

Zukunft will man neue Fabrikanlagen nur in weniger gefährdeten Gebieten anlegen. Das erste Ergebnis dieser Ueberlegungen ist der Bau einer grossen Raffinerie in Nord-Dakota, in einem Gebiet mit wenig Industrie, wo ein Werk mit einer täglichen Produktion von 30 000 Barrel errichtet wurde.

Dass diese Bestrebungen zur Dezentralisation sich auch ganz allgemein günstig auswirkten, konnte man vor kurzem feststellen, als eine Explosion in einer Oelraffinerie der neuerbauten Werke der Standard Oil entstand. Die Schäden waren durch die Streuung der Fabrikanlagen bei weitem nicht so gross wie bei ähnlichen Katastrophen in älteren Fabrikanlagen des Konzerns. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hält der Konzern, trotz der starken finanziellen Belastung, die die Dezentralisation zunächst einmal bedeutet, an seinen Plänen fest.

Auch die Feuerbekämpfung zeigt sich bei Brandkatastrophen in weit auseinander liegenden Fabrikanlagen als wesentlich leichter, als in grossen, dicht beieinander stehenden Fabrikgebäuden. Die Feuerwehr kann sich nämlich im ersten Fall viel stärker auf die Bekämpfung des Brandherdes konzentrieren als das bisher bei alten Fabrikanlagen der Fall war. Dort musste sie zu einem grossen Teil dafür sorgen, dass das Feuer nicht auf andere Werkanlagen übergriff. Ferner hat sich gezeigt, dass neue Industrieanlagen in ländlichen Gebieten mit grösserer Hilfe von aussen rechnen können als das in der Stadt der Fall ist. In den grossen Industrieanlagen am Rande der Metropolen sind die Werke im allgemeinen auf eigene Hilfe angewiesen, weil andere Organisationen im Katastrophenfall eigene Aufgaben zu erfüllen haben.

Bei der zukünftigen Planung von neuen Industrieanlagen sollen die Vorteile einer Dezentralisation der Industrie bei den grossen Werken überprüft werden, und zwar sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: 1. Die Wünsche und Auffassungen der staatlichen Stellen; 2. die atomare Verwundbarkeit des für den Bau eines neuen Werkes vorgesehenen Industriegelände; 3. die Empfindlichkeit gegenüber der Einwirkung von Naturkräften (Wirbelstürme, Ueberschwemmungen usw.); 4. das Vorhandensein von ausreichenden Wasserquellen; 5. Transportmöglichkeiten.

Bei vorhandenen Industrierwerken wird nach Ansicht von Fachleuten eine teilweise Dezentralisation möglich sein. Vor allem sollte man bei diesen Werken die Führungsstäbe an einem relativ sicheren Ort unterbringen.

Im Zuge der Dezentralisation der amerikanischen Industrie ist man in eigenen Industrierwerken auch dazu übergegangen, innerhalb der grossen Industriebetriebe den Produktionsprozess neu zu gestalten. Und zwar werden nicht wie bisher die einzelnen Produktionsgänge in verschiedenen Werken und Gebäuden abgewickelt, sondern es sind faktisch innerhalb eines Industriekomplexes eine ganze Reihe von selbständig arbeitenden Fabriken entstanden, die voneinander völlig unabhängig sind. In einem Werk der General Electric in der Nähe von Louisville hat man diese Methode mit grossem Erfolg angewandt. Die einzelnen

Fabriken liegen so weit voneinander entfernt, dass die Zerstörung eines Werkes oder einer Fabrik keineswegs andere in der Umgebung liegende Fabrikgebäude in Mitleidenschaft zu ziehen braucht. Dass eine konsequente Entflechtung der sehr stark ineinander verwobenen amerikanischen Industrien vom Standpunkt der Verteidigung des Kontinents von ausschlaggebender Bedeutung ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Die Durchführung dieses Programms ist nach Ansicht amerikanischer Fachleute nicht so unmöglich, wie es auf den ersten Blick erscheint. Ein grosser Teil der amerikanischen Fabriken muss, um konkurrenzfähig zu bleiben, ihre Betriebe rationalisieren. Es dürfte daher bei den notwendigen Rationalisierungsmassnahmen oft nicht schwierig sein, die Erfordernisse einer Dezentralisation zu berücksichtigen und so könnten im Laufe der Zeit alle grösseren Fabrikanlagen auseinandergezogen werden. Damit wären zugleich die Wirkungen eines atomaren Angriffs wesentlich verringert.

Die zunehmende Automation birgt allerdings, wie man auch in Kreisen der amerikanischen Fachleute zu gibt, die Gefahr einer Zentralisation in sich. Da technische Arbeitsvorgänge in zunehmendem Masse von einer Zentrale aus gesteuert werden, wird ein Defekt an einer Stelle des automatisierten Industrieapparates den gesamten zentralisierten Prozess zum Erliegen bringen. Deshalb soll man in gefährdeten Gebieten auch möglichst viele automatisierte Produktionsprozesse parallel nebeneinander laufen lassen. Die zur Bedienung der automatisierten Betriebe hochspezialisierten Arbeitskräfte dürfen nicht dicht beieinander wohnen. Auch sollen mehrere Personen in der Lage sein, die gleichen Apparaturen zu bedienen, damit im Ernstfall das Bedienungspersonal nicht ausfällt. Im Zuge der Dezentralisation werden ferner Ausweichlager für die Lagerung von Rohmaterial, Transportmitteln und Maschinen angelegt. Die einzelnen Fabriken treten mit den benachbarten Industrieunternehmen in Verbindung und tauschen Informationen über die Art der Produktion aus, damit ein Werk im Ernstfall dem anderen helfen kann. Es werden ferner genaue Absprachen über den Umfang und die Art einer eventuellen Hilfe getroffen. Schliesslich ist die Aufstellung eines Planes über die Verlagerung des am meisten gefährdeten Produktionsapparates vorgesehen.

H. Massnahmen zur Verhinderung von Industriespionage

Neben den technischen Massnahmen zum Schutze der Industrie spielt die Abwehr der Industriespionage und Industriesabotage eine nicht geringe Rolle. Um den Werken die Notwendigkeit erhöhter Achtsamkeit plausibel zu machen, weist man von massgebender Seite darauf hin, dass die Kosten für die Einstellung und Einarbeitung neuer Arbeitskräfte relativ hoch sind. Der allgemeine Mangel an geeigneten Arbeitskräften hat diesen, im Vergleich zu früher, höheren Kostenaufwand herbeigeführt. Man sollte deshalb, so argumentiert man, bei der Einstellung auch die Auffassungen des Arbeitnehmers zum Staat und zur Gesellschafts-

struktur des Landes überprüfen. Das sei allein schon aus wirtschaftlicher Kalkulation heraus geboten. Wenn man bedenke, welche Summen an Löhnen heute den Facharbeitern und leitenden Angestellten gezahlt würden, sei eine solche Massnahme um so notwendiger.

Geeignete Fachkräfte, im allgemeinen Psychologen, sollen durch indirekte Fragen in taktvoller Weise versuchen, die ideologischen Auffassungen und die Einstellung der Betriebsangehörigen zum Staat zu ergründen. Die persönliche Fühlungnahme mit den Angehörigen des Betriebes kann auf verschiedene Weise erfolgen. Die mit der Erkundigung beauftragten Persönlichkeiten sollen zweckmässigerweise dem engeren Arbeitskreis der für eine «Durchleuchtung» in Frage kommenden Personen angehören und möglichst innerhalb des Betriebes eine annähernd gleiche Stellung haben wie die zu befragende Person. Die Befragungen sollen in

Form von persönlichen Gesprächen, von Telefongesprächen und brieflicher Korrespondenz durchgeführt werden. Auch können alle drei Methoden gleichzeitig angewandt werden. Es soll jedoch darauf geachtet werden, dass der Zweck der Gespräche nicht erkannt wird. Einem persönlichen Gespräch ist im allgemeinen Vorrang zu geben. Gegenstand der Befragungen und Beobachtungen sollen die Arbeitsmethoden, die Fähigkeiten und die Qualifikation für den von dem Betreffenden ausgeübten Beruf, seine Vorstellungen über zukünftige Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des Betriebes, seine allgemeinen charakterlichen Eigenschaften und seine Einstellung gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten sowie seine persönlichen Interessen sein. Alle Beobachtungen werden sorgfältig zusammengetragen und ausgewertet. Die Beobachtungen der Angehörigen des Werkes werden laufend ergänzt und vervollständigt.

III. Internationale Konferenz für Zivilverteidigung

Unter den Auspizien der Genfer Behörden hat die Internationale Organisation für Zivilverteidigung die III. Internationale Konferenz in Genf vom 12. bis 16. Mai 1958 einberufen.

Tagesordnung:

1. a) Radioaktivität und Schutzmassnahmen;
b) Internationales Kontroll- und Warnsystem für Radioaktivität.
2. Dezentralisation, Evakuierung und Schutzräume bei Radioaktivität und Raketen.
3. Status des Personals der Zivilverteidigung.
4. Internationale Versicherung für Kulturgüter.

Zu dieser internationalen Konferenz werden alle Institutionen und Organisationen für Zivilverteidigung aller Länder eingeladen sowie jene Organisationen und Persönlichkeiten, die für Zivilverteidigung und Schutz von Kulturgütern Interesse haben.

Vier Arbeitskommissionen, entsprechend den Programmpunkten der Tagesordnung, werden am 13., 14. und 15. Mai tagen. Ihre Beschlüsse werden der Plenarversammlung am 16. Mai vorgelegt werden.

Die nationalen Institutionen werden im Rahmen der Konferenz Gelegenheit haben, Filme über die Verbreitung der Zivilverteidigungsmassnahmen vorzuführen. Eine Ausstellung von Zivilverteidigungsausrüstung und Material wird den Delegierten ermöglichen, sich auf dem Gebiet der Zivilverteidigung bezüglich deren letzten technischen Neuheiten zu orientieren.

Belgische Schule für Zivilverteidigung

Die Belgische Schule für Zivilverteidigung richtet nunmehr ihre Hauptbemühungen auf die Ausbildung von Sachverständigen zum Schutz der Bevölkerung vor den Schrecken des Krieges. Dabei geht sie mit grösster Intensität vor, indem sie nicht nur Instruktoren für den Zivilschutz des Landes ausbildet, sondern auch noch Lehrgänge einschlägiger Art zur Vermittlung besonderer Information organisiert. Die Schulung soll so umfassend wie möglich gestaltet werden.

Die Lehrgänge, die derzeit fünf Wochen dauern, werden demnächst auf sechs Wochen ausgedehnt und praktische und theoretische Unterweisung in allen Zweigen des Zivilschutzes und Rettungsdienstes umfassen.

Die Schule wurde im Mai 1953 durch das Innenministerium gegründet; jeder Lehrgang weist 32 Schüler auf. Unterricht und praktische Demonstrationen werden in französischer und flämischer Sprache durchgeführt. Die Schüler rekrutieren sich aus den verschiedensten Schichten: aus der Beamtenschaft des ganzen Landes, aus den Fabriken, technischen und privaten Unternehmungen. Die meisten Teilnehmer lassen sich individuell in die Kurse aufnehmen, wenn sie diese Tätigkeit als dauernde Arbeit betrachten, obgleich auch manche von Regierungsstellen oder Industrieleitungen entsendet werden. Alle Anwärter werden sorgfältig geprüft und dann je nach Vorbildung und übrigen Fähigkeiten eingeteilt. Das Innenministerium bestreitet sämtliche Ausgaben des Lehrganges. Zweck der Schule ist die Unterweisung in Fragen des Zivilschutzes; es werden regelmässig besondere Informationslehrgänge abgehalten, die insbesondere für Beamte gedacht sind. In Belgien sind die Gemeindevertretungen für Fragen der Zivilverteidigung zuständig. Es obliegt also dem Bürgermeister, die Freiwilligen (etwa 90 000 werden insgesamt gebraucht), zu stellen und auch für deren Ausbildung zu sorgen. Die Kaderausbildung geschieht durch konzentrierte praktische Informationslehrgänge, die speziell für die Leitungen der regionalen Zivilschutzabteilungen und deren Assistenten vorgesehen sind. Man hofft, dass alle jene, die im Krieg lokale Zivilschutzobliegenheiten auf sich zu nehmen hätten, einen dieser Kurse besuchen können. Bis jetzt wurden deren sechs abgehalten — drei in französischer, drei in flämischer Sprache, je eine Woche.

Die theoretischen Unterweisungen, die von drei Lehrkräften geleitet werden, gehen in Form von Vorträgen vor sich, die durch Filme veranschaulicht werden. Sie umfassen die gesamte Stufenleiter vom atomaren Problem bis zur Brandbekämpfung und vom Alarmsystem zum Kartenlesen. Drei Instruktoren geben praktischen Unterricht; hauptsächlich in dem zerbombten Dorf, das zur Verfügung steht. Die Kurse